

## **Strukturwandelinitiative Saar**

*Positionspapier des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr des Saarlandes, der Industrie- und Handelskammer des Saarlandes (IHK Saarland), der Handwerkskammer des Saarlandes (HWK Saarland), der Vereinigung der Saarländischen Unternehmensverbände (VSU), der Arbeitskammer des Saarlandes, der IG Metall, des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit*

### **Präambel**

Gemeinsam können wir mehr erreichen, als jeder für sich alleine. Die bisherige Bewältigung der Corona-Pandemie im Saarland hat uns das besonders eindringlich vor Augen geführt. Bereits vor der Pandemie waren die Mitglieder der Strukturwandelinitiative Saar aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen der Auffassung, dass nur durch eine enge Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften der sich gerade vollziehende Strukturwandel in der saarländischen Wirtschaft erfolgreich bewältigt werden kann. Nun kommt hinzu, dass nicht nur die konjunkturellen Folgen der Pandemie bewältigt werden müssen, sondern die Corona-Krise Strukturwandel und Digitalisierung weiter beschleunigen dürfte. Das macht ein gemeinschaftliches Handeln aller für die erfolgreiche Bewältigung des Strukturwandels maßgeblichen Akteure umso bedeutsamer. Die in diesem Papier formulierten Maßnahmen bilden die Grundlage für diese Zusammenarbeit der Mitglieder der Strukturwandelinitiative. Gemeinsam haben wir im Saarland schon wesentliche Schritte zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes, zur besseren Verknüpfung von Forschung und Entwicklung und saarländischen Unternehmen, zur Schaffung neuer wirtschaftlicher Impulse eingeleitet. Die Mitglieder der Strukturwandelinitiative Saar haben, jeder für sich, – unter anderem in „Das Saarland im Jahr 2025 – eine Vision“ der IHK Saarland, dem Masterplan Handwerk 2025 der HWK des Saarlandes oder dem Jahresbericht der Arbeitskammer – bereits deutlich gemacht, welche Maßnahmen im Saarland zur Anpassung an strukturelle Veränderungen und zur Bewältigung der Herausforderungen für die saarländische Wirtschaft nötig sind.

Trotz großer eigener Anstrengungen bedarf es aber dringend der Unterstützung durch den Bund und die Europäische Union, um den Strukturwandel im Saarland erfolgreich meistern zu können. Es geht um nichts weniger als den Erhalt der Handlungsfähigkeit des Saarlandes und der Wettbewerbsfähigkeit der hier ansässigen Unternehmen, der direkt und indirekt von der Industrie abhängig Beschäftigten und um die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik.

Ziel der Strukturwandelinitiative ist es, all das zu tun, was nötig ist, damit die saarländische Wirtschaft die Herausforderungen, vor denen sie steht, erfolgreich bewältigen kann – mit konkreten Handlungen im Saarland und konkreter Unterstützung durch Berlin und Brüssel. Das vorliegende Positionspapier bildet den Ausgangspunkt für dieses gemeinsame Bestreben. Die Mitglieder der Strukturwandelinitiative werden die Zusammenarbeit zwischen Politik, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zur Bewältigung des Strukturwandels fortführen und mit einer eigenen Geschäftsstelle verstetigen.

## Ausgangslage

Die saarländische Wirtschaft ist in besonderem Maße abhängig von zwei Industriezweigen, die von tiefgreifenden Transformationsprozessen betroffen sind. Keine andere Branche prägt das Saarland so wie die Automobilindustrie: Im Ländervergleich ist hier die Autodichte am höchsten; rund 44.000 Arbeitsplätze sind direkt und indirekt von der Automobilbranche abhängig. Der saarländische Fahrzeugbau stellt mit Umsätzen von aktuell nahezu 10 Mrd. Euro einen zentralen Faktor der regionalen Wirtschaftskraft dar. Rechnet man Lieferanten der Branche hinzu, erwirtschaften rund 260 Unternehmen Wertschöpfung in der Automobilindustrie mit Umsätzen von etwa 17 Mrd. Euro – das ist knapp die Hälfte des saarländischen Bruttoinlandsprodukts. Über die Hälfte des Umsatzes erzielt die saarländische Automobilindustrie dabei durch Exporte.

Neue Technologien, Digitalisierung, sich ändernde Präferenzen im Nachfrageverhalten sowie eine stärkere Fokussierung auf Nachhaltigkeit und Sicherheit sorgen für einen grundlegenden Umbruch in der Automobilindustrie, der in immer rasanterem Tempo vor sich geht. So haben vor allem die neuen Antriebstechnologien, das automatisierte und vernetzte Fahren sowie steigenden Anforderungen an den Klimaschutz einen massiven Einfluss auf Produkte, Produktionsstrukturen und -prozesse von Herstellern und Zulieferern in Saarland. Zusätzlich leidet die Automobilindustrie unter der weltweiten Ausbreitung des Corona-Virus. Die Pandemie hat durch gravierende Nachfragerückgänge, eingebrochene Lieferketten und die damit verbundene Umsatz- und Gewinneinbußen zu einem beispiellosen Rückgang der Pkw-Produktion und einer wirtschaftlich bedrohlichen Ausnahmesituation in der Automobilbranche geführt. Die Wirtschaftspolitik muss sich sowohl dem Transformationsprozess als auch den Auswirkungen der Corona-Krise stellen.

Die zweite zentrale Branche im Saarland, die tiefgreifenden Transformationsprozessen gegenübersteht, ist die Stahlindustrie. Sie erwirtschaftet Umsätze von knapp 4 Mrd. Euro, das entspricht ungefähr 13 Prozent der saarländischen Industrieumsätze. Direkt und indirekt hängen von der saarländischen Stahlindustrie rund 33.600 Arbeitsplätze in Deutschland ab, davon ca. 20.100 Arbeitsplätze im Saarland. Die Stahlindustrie bezieht jährlich Waren und Dienstleistungen in hohen dreistelligen Millionenbeträgen von saarländischen Unternehmen und ist somit auch für deren Erfolg von zentraler Bedeutung. Zudem stellt die Stahlindustrie eine der wenigen Konzernzentralen im Saarland. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wie wichtig der Erhalt der saarländischen Stahlindustrie für die Region ist. Die gegenwärtigen Rahmenbedingungen machen es den Stahlunternehmen in ganz Deutschland jedoch nicht einfach. Die Stahlhersteller waren schon vor Corona mit einer abgeschwächten Konjunktur konfrontiert. Mit den Folgen der Pandemie hat sich die Situation noch deutlich verschärft. Hinzu kommen weltweite Überkapazitäten und wachsende Anforderungen an den Klimaschutz. Das alles stellt die Branche vor enorme Herausforderungen. Neben langfristig sicheren Rahmenbedingungen und zusätzlich zu den großen eigenen Anstrengungen der Unternehmen wird dringend Unterstützung aus Berlin und Brüssel benötigt.

Wenn wir den Strukturwandel im Saarland nicht nur hin-, sondern aktiv annehmen und nutzen wollen, dann muss das Land gerade Unternehmen in von nachhaltigen Veränderungsprozessen betroffenen Branchen auch im notwendigen Umfang unterstützen dürfen. Die größten Einschränkungen in der Unternehmensförderung resultieren dabei nach wie vor aus dem europäischen Beihilferechtsregime. Das Saarland geht mit seiner Förderung sowohl inhaltlich als auch fördersatz- und betragsmäßig bereits regelmäßig an die Grenzen

dessen, was derzeit beihilferechtlich möglich ist. Aus diesem Grund brauchen wir bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben neben finanzieller auch regulatorische Unterstützung aus Berlin.

## **Handlungsfelder**

Aus Sicht der Strukturwandelinitiative sind folgende Handlungsfelder von besonderer Bedeutung für die Bewältigung des Strukturwandels im Saarland:

- I. Strukturpolitik**
- II. Infrastruktur**
- III. Arbeitsmarkt**

### **I. Strukturpolitik**

#### 1) Standortattraktivität und Verwaltungsaufwand

Die Standortkosten sind ein zentraler Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Saarland. Um die Unternehmen weiterhin zukunftsfähig zu halten und Ansiedlungsanreize für Unternehmen von außerhalb des Saarlandes zu schaffen, werden die im Land beeinflussbaren Belastungen auf den Prüfstand gestellt. Außerdem treibt die Landesregierung die Modernisierung und Entbürokratisierung der Verwaltung voran. Investitionshemmnisse wie die Brandschutzregelungen im Saarland müssen zeitnah auf den Prüfstand gestellt, die Schaffung einer investitionsfördernden Landesbauordnung vorangetrieben werden.

#### 2) Steuer- und Abgabenquote

Der im Dezember 2019 beschlossene nationale Emissionsrechtehandel wird zu höheren Brennstoffkosten der Endverbraucher, insbesondere aber auch der Wirtschaft, führen. Gleiches gilt für den Kohleausstieg, der im Stromsektor preistreibend wirkt. Die vom Bund vorgeschlagene Deckelung des Regelsatzes der EEG-Umlage wird diese Belastungen nur teilweise kompensieren können. Aus wirtschafts- und standortpolitischen Gründen sollte daher eine deutliche Reduzierung der EEG-Umlage und der Stromübertragungsnetzentgelte aus Mitteln des Bundeshaushaltes geprüft werden. Zielführend wäre auch eine Absenkung der Stromsteuer auf die niedrigeren Mindestsätze der EU-Energiesteuerrichtlinie.

Das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) muss möglichst zeitnah dahingehend konkretisiert werden, dass Doppelbelastungen von Anlagen der Grundstoffindustrien, deren Emissionen bereits dem EU-Emissionshandel unterliegen, zuverlässig vermieden werden. Dies sollte durch eine vollumfassende Ex-ante-Ausnahme aller dem EU-Emissionshandel unterliegenden Brennstoffemissionen der Grundstoffindustrien sichergestellt werden. Darüber hinaus müssen wirksame Entlastungsregelungen für energieintensive und außenhandelsabhängige kleine und mittlere Unternehmen des Produzierenden Gewerbes auf den Weg gebracht werden.

### 3) Bundesbürgschaften

Die finanzielle Besicherung von Krediten von Unternehmen über Bundesbürgschaften muss grundsätzlich leichter zugänglich werden. Antragsverfahren dürfen nicht wie Investitionshemmnisse wirken.

Die geänderten Voraussetzungen für Bundesbürgschaften unter Einbindung paralleler Landesbürgschaften in GRW-Fördergebieten sind nur ein erster Schritt. Die Mitglieder der Strukturwandelinitiative setzen sich dafür ein, dass künftig die unterschiedliche Behandlung alter und neuer Bundesländer vermieden und hin zu einer Neuausrichtung nach Strukturchwäche weiterentwickelt wird. Maßgebliche strukturpolitische Kriterien sollen dabei in erster Linie die Betroffenheit nach Regionen sein, hilfsweise nach Branchen oder schließlich nach einzelbetrieblicher Betroffenheit, so wie dies im Großbürgschaftsprogramm des Bundes als Reaktion auf die Corona-Pandemie – allerdings vorerst befristet – für die Absicherung von Investitionen ab einem Bürgschaftsbedarf von 50 Mio. Euro bereits umgesetzt wurde.

### 4) Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wagnisfinanzierungen

Insbesondere für Start-ups, die den Fortschritt vorantreiben, Arbeitsplätze schaffen und Wachstumsimpulse freisetzen, ist eine zielgerichtete Förderung durch einen vereinfachten Zugang zu Wagniskapital, z. B. in Form von Mezzaninen-Kapital, erforderlich. Im Vergleich zu Deutschland stellen Länder wie die USA oder China ein Vielfaches an Wagniskapitalfinanzierungen zur Verfügung. Gerade für die Phase, in der Unternehmen neue Märkte erschließen und schnell wachsen, gibt es in Deutschland eine Angebotslücke.

Hier brauchen Unternehmen mehr Unterstützung im Rahmen neuer Finanzierungsinstrumente. Das aktuelle Vorhaben der Bundesregierung, Start-ups mit schnellen Hilfen im Umfang von zwei Milliarden Euro durch die Corona-Krise zu bringen, weist dabei in die richtige Richtung. Der Erfolg des Nachrangdarlehensfonds Saarland zeigt eindrucksvoll, wie sich die Angebotslücke mit neuen Finanzierungsmöglichkeiten schließen lässt. Die Bundesebene sollte dem folgen, indem sie beispielsweise durch die KfW-Bank ein eigenkapitalersetzendes Finanzinstrument (Nachrangdarlehen) unter Gesamthaftung des Bundes auflegt (*Höchstsumme von 20 Mio. Euro pro Antrag*).

### 5) Stabilisierung von Unternehmen

Mit der Genehmigung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) durch die EU steht auf Bundesebene ein wichtiges Mittel zur Verfügung, um Unternehmen durch die Corona-Pandemie zu helfen, wenn für sie andere Hilfsmaßnahmen nicht greifen oder nicht ausreichen. Die Mitglieder der Strukturwandelinitiative sehen weiteren Bedarf für einen Transformationsfonds auf Bundesebene, mit dem auf Gutachtenbasis Unternehmen im Strukturwandel, die auf dem Finanzmarkt nur schwer das notwendige Kapital für einen Turnaround akquirieren können, die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Dieser Fonds sollte nicht nur bei der Krisenbewältigung greifen, sondern auch präventiv Mittel zur Verfügung stellen, um frühzeitig aktiv die Unternehmen zu unterstützen und Arbeitsplätze zu erhalten. Im Gegenzug sollte der Bund für die Laufzeit des Darlehens ein Mitspracherecht im Unternehmen besitzen, beispielsweise über Change-of-Control-Klauseln.

Das saarländische Wirtschaftsministerium wird auf Landesebene mit der Gründung einer Eigenkapitalbeteiligungsgesellschaft vorangehen, die mit einem Stabilisierungs- und Beteiligungsfonds in Not geratene Unternehmen als kurzfristige Übergangslösung auffängt und für die Zukunft aufstellt.

## 6) Fördergebietskulisse

Um den Strukturwandel im Saarland weiter aktiv begleiten zu können, darf die derzeitige Fördergebietslandschaft in der nächsten Förderperiode ab 2021 bzw. 2023 keinesfalls eingeschränkt werden. Die Landesregierung setzt sich beim Bund dafür ein, dass die Förderkulisse für das Saarland erweitert wird, damit das Saarland insgesamt C-Fördergebiet wird, bzw. zumindest die bestehenden C-Fördergebiete entlang der Saarschiene erhalten bleiben.

Strukturschwache Regionen, die aktuell und perspektivisch in erheblichem Umfang von der Transformation im Automobilbereich, in der Stahlindustrie und der Energiewirtschaft und von disruptiven Entwicklungen betroffen sind oder sein werden, müssen besonders unterstützt werden. Dafür braucht es eine präventive Fördergebietspolitik, die Prognoseindikatoren für Strukturschwäche und demografische Entwicklung stärker berücksichtigt, um einen milden Strukturwandel zu ermöglichen, bevor Strukturbrüche entstehen. Die Fördergebietsdefinition darf also nicht nur nach bereits bestehender Schwäche erfolgen, sondern muss auch die Betroffenheit durch Strukturwandel einbeziehen. Dies ist auch bei der Ausgestaltung der neuen EU-Förderperiode in den Strukturfonds zentral.

Bezüglich der europäischen Förderbedingungen fordern wir zudem folgende Anpassungen:

- Das Beihilferecht ist in Transformationssektoren dringend zu lockern und mit Blick auf Nicht-KMU zu erweitern. Die temporären Vereinfachungen und Flexibilisierungen im europäischen Beihilferecht sind bis zum Ende der coronabedingten Wirtschaftskrise zu verlängern.
- Die KMU-Definition der EU ist auf höhere Schwellenwerte hin anzupassen. Die zugrunde gelegte Zahl der Mitarbeiter\*innen zur Definition eines Unternehmens als Großunternehmen muss auf mindestens 500 erhöht werden.
- Die seit 2006 gültige De-Minimis-Grenze ist von 200.000 Euro auf 500.000 Euro anzuheben.

## 7) Steuergesetzgebung

Zur Ermöglichung einer flexibleren Arbeitszeitgestaltung für im Saarland lebende Berufspendler\*innen nach Luxemburg und zur deutlichen Entlastung des Verkehrs zwischen Deutschland und Luxemburg würde eine deutliche Erhöhung des Anteil von 19 Home-Office-Tagen, die für Arbeitnehmer\*innen aktuell möglich sind, ohne der Steuersplittung zu unterliegen, einen wichtigen Beitrag leisten. Die Landesregierung soll Gespräche mit dem Bund führen, mit dem Ziel, entsprechende Übereinkommen mit der luxemburgischen Seite abzuschließen.

Das Saarland profitiert von den guten Beziehungen zum Großherzogtum und dem Wirtschaftsstandort Luxemburg, gleichzeitig entgehen unserem Bundesland aktuell durch Grenzgänger\*innen, die zum Arbeiten nach Luxemburg pendeln, aufgrund des Doppelbe-

steuerungsabkommens der Bundesrepublik mit dem Großherzogtum aber jedes Jahr Steuern in Millionenhöhe, da die betreffenden Personen ihre Einkommenssteuer in Luxemburg zahlen. Gleichzeitig nutzen sie im Saarland öffentliche Einrichtungen wie Kitas oder Schulen. Die saarländische Landesregierung sollte sich, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit Rheinland-Pfalz, bei der Bundesregierung dafür einsetzen, dass diese gemeinsam mit Luxemburg eine für alle staatlichen Ebenen tragfähige Lösung entwickelt, mit der die finanziellen Nachteile der betroffenen Länder und Gemeinden auf geeignete Weise wirksam ausgeglichen werden können.

Innerhalb Deutschlands findet eine Benachteiligung des Saarlandes als produktionsintensiver Wirtschaftsstandort mit vergleichsweise wenigen Firmenzentralen großer Unternehmen zudem durch die Zerlegung der Körperschaftsteuer statt. Die Mitglieder der Strukturwandelinitiative fordern vom Bund, dass er die aktuelle Praxis der Steuerzerlegung so überarbeitet, dass sich die Wirtschaftskraft einer Region auch in ihren Steuereinnahmen widerspiegelt. Für das Saarland gingen damit eine Stärkung der Einnahmenseite des Landes und eine Milderung der Wahrnehmung als Nehmerland einher.

#### 8) Platz und Knowhow für Unternehmen

Der Strukturwandel im Saarland wird nur gelingen, wenn wir Unternehmen ausreichend Platz bieten, sich bei uns niederzulassen und zu entfalten. Auch in Zukunft werden größere zusammenhängende Flächen gebraucht, um mit konkurrenzfähigen Angeboten Ansiedlungen ins Land zu holen. Das Wirtschaftsministerium legt zeitnah den Masterplan Industrieflächen II auf, um möglichst kurzfristig mit Erschließungsmaßnahmen beginnen und das Angebot an industriellen Großflächen so erweitern zu können, dass wir auch in Zukunft im Standortwettbewerb konkurrenzfähig sind.

Mit einem Innovation Campus im IT-Bereich sollen die Möglichkeiten für den aktiven Technologie- und Wissenstransfer von Forschungsergebnissen in regionale Ausgründungen im IT-Bereich genutzt werden. Gleichzeitig wird die Landesregierung darauf hinwirken, dass auch andere Bereiche der Hochschulen wie beispielsweise die unterschiedlichen Ingenieurwissenschaften stärker mit den bereits etablierten Unternehmen der regionalen Wirtschaft (z.B. den Produktionsbetrieben) verzahnt werden, um Forschungsergebnisse im Saarland in den hier ansässigen Betrieben in die Umsetzung zu bringen und diese so zukunftsfest aufzustellen.

#### 9) Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie

Die saarländische Stahlindustrie steht aktuell vor großen außenhandels-, klimaschutz- und energiepolitischen Herausforderungen. Die Mitglieder der Strukturwandelinitiative werden sich dafür einsetzen, dass auf europäischer und nationaler Ebene Maßnahmen zur Sicherstellung gleicher Wettbewerbsverhältnisse im Stahlsektor ergriffen werden.

Bei der am 01.07.2020 in Kraft getretenen Anpassung der außenhandelsrechtlichen Safe-guard-Verordnung der EU für die Stahlindustrie werden sich die Mitglieder der Strukturwandelinitiative für weitere Verbesserungen mit Blick auf die drohende Importkrise im Stahlsektor einsetzen. Insbesondere sollte ein neues Einfuhrquotensystem geprüft werden,

das gravierenden Handelsumlenkungen aus Drittstaaten effektiv begegnet und den jeweiligen Marktkonditionen angemessen Rechnung trägt.

Die Umstellung auf eine CO<sub>2</sub>-freie Wirtschaft trifft die Stahlindustrie besonders und macht massive Förderungen notwendig. Für die Energiewende ist Stahl unabdingbar; so dreht sich zum Beispiel kein Windrad ohne Stahl. Zudem ist Stahl der am häufigsten verwendete industrielle Basiswerkstoff, der in Deutschland unter hohen Umwelt- und Sozialstandards produziert wird. Er sollte nicht durch Stahl aus anderen Ländern verdrängt werden, dessen Produktion deutlich geringeren Standards unterliegt. Das Ergebnis wäre im Sinne des Klimaschutzes kontraproduktiv.

Die saarländischen Stahlunternehmen arbeiten ständig daran, ihre Strukturen und Prozesse zu verbessern, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Aber sie benötigen die Unterstützung der Politik, die den dafür passenden Rahmen schaffen muss. So benötigen die Stahlunternehmen faire internationale Wettbewerbsbedingungen und Planungssicherheit für die anstehenden großen Investitionen für die Transformation hin zu einer CO<sub>2</sub>-armen Stahlproduktion. Möglichst zeitnah geklärt werden muss die Frage, ob für CO<sub>2</sub>-ärmere bzw. CO<sub>2</sub>-neutrale Produktionsweisen, wie zum Beispiel der Wasserstoff-Metallurgie, bedarfsgerechte Fördermittel der EU und der EU-Mitgliedstaaten beantragt werden können. Zur Etablierung von Leitmärkten für die Produktion und den Einsatz von „grünem“ Stahl sind massive Forschungs-, Investitions- und Betriebskostenzuschüsse erforderlich.

Eine wesentliche technische Grundvoraussetzung stellt auch die Zurverfügungstellung von CO<sub>2</sub>-freiem Strom und von CO<sub>2</sub>-freiem Wasserstoff in ausreichender Menge und zu wettbewerbsfähigen Preisen dar. Die Bundesregierung muss dazu zeitnah ihre Nationale Wasserstoffstrategie umsetzen. Für diese Rahmenbedingungen muss sich die saarländische Landesregierung weiterhin in Berlin und in Brüssel einsetzen und an ihrer bestehenden Forderung nach einem Milliardenprogramm für den Umbau dieser Schlüsselindustrie festhalten.

#### 10) Modellregion Wasserstoff

Vor dem Hintergrund des massiven Strukturwandels muss das Saarland unbedingt zur Modellregion im Bereich Wasserstoff werden. Darin liegt für das Saarland die Chance, den industriellen Kern des Landes auf neue und zukunftsfähige Beine zu stellen. Wasserstoff als Energieträger der Zukunft kann dabei sowohl für die Stahlindustrie (grüner Stahl) als auch für die Automobilindustrie im Saarland (grüne Mobilität bei grundsätzlich konventionell aufgebautem Antriebsstrang) zur Lösung aktuell drohender Strukturprobleme beitragen. Die ersten Pilotprojekte bei der STEAG in Fenne oder bei Bosch in Homburg weisen in die richtige Richtung und müssen mit Unterstützung des Bundes verstärkt werden.

#### 11) Anreiz zur Umstellung auf Gas im Rahmen des Kohleausstiegsgesetzes

Das Engagement der Bundesregierung in Bezug auf die Probleme in den Braunkohleregionen oder die Stilllegung von Kohlekraftwerken war und ist richtig. Nur mit viel Einsatz ist es uns aber gelungen, vorausschauende Hilfen des Bundes für strukturschwache Regionen mit Steinkohlekraftwerken im Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen zu verankern. Dies allein wird aber nicht ausreichen, um die Wertschöpfung und Versorgungssicherheit vor Ort zu erhalten.

Im Rahmen des schrittweisen Kohleausstiegs muss zum einen der strom- und wärmeseitigen Systemrelevanz von Steinkohlekraftwerken angemessene Rechnung getragen werden, zum anderen müssen auskömmliche energierechtliche und fiskalische Anreizmechanismen für die Umstellung von Kohlekraftwerken auf den Energieträger Erdgas sowie zur Absicherung der regionalen Fernwärmeinfrastrukturen geschaffen werden, da das kürzlich verabschiedete Kohleausstiegsgesetz des Bundes diesen Maßgaben trotz zahlreicher Nachbesserungen nur bedingt Rechnung trägt. Die Landesregierung sollte sich daher in Berlin weiterhin mit Nachdruck für angemessene Förderinstrumente zum Bau und Betrieb von Gasheizkraftwerken und Gasturbinen einsetzen.

## **II. Infrastruktur**

### **1) Investitionsoffensive**

Dass im Landeshaushalt 2019 erstmals seit vielen Jahren keine neuen Schulden nötig waren und sogar der Einstieg in die Schuldentilgung gelungen ist, war ein Wendepunkt bei den Landesfinanzen und eine wichtige Grundlage zur Sicherung der Eigenständigkeit des Saarlandes. Die Auflösung des Sanierungsstaus im Saarland wird aber eine mindestens ebenso große Eigenanstrengung erfordern, die trotz der Notwendigkeit zur Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Pandemie nicht zurückgestellt werden darf.

Im Rahmen der Investitionsoffensive Saar mit geplanten zusätzlichen Ausgaben von rund einer Mrd. Euro innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren müssen die vorhandenen Spielräume verantwortungsvoll und zukunftsweisend genutzt werden. Die Maßnahmen sind mit Blick auf die Hebelwirkung, die sie entfalten, so zu priorisieren, dass sie Wachstum schaffen und die Wirtschafts- und Finanzkraft des Landes nachhaltig weiter erhöhen. Dazu gehören vor allem Investitionen in unsere Wirtschaft und in Bildung, Ausbildung und Betreuung, Hochschulen und Digitalisierung, Forschung und Wissenschaft und in unsere Infrastruktur, die nicht nur erhalten, sondern im notwendigen Umfang modernisiert und ausgebaut werden muss. Die Schwerpunkte müssen so gesetzt werden, dass wir im Saarland die Herausforderungen durch die aktuellen Transformationsprozesse in Wirtschaft und Arbeitswelt erfolgreich bewältigen können. Gleichzeitig muss es gelingen, bei bereits länger andauernden Entwicklungen wie Bevölkerungsrückgang und Investitionsschwäche den Trend umzukehren, um die Position des Saarlands im Wettbewerb zwischen den Ländern um Unternehmen und Einwohner zu stärken.

### **2) Gleichwertige Lebensverhältnisse**

Ganz wesentlichen Einfluss auf die Attraktivität einer Region als Wirtschafts- und Lebensstandort haben die Kommunen als Staat vor Ort. Der Saarlandpakt ist ein historischer Kraftakt und Meilenstein auf dem Weg zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte. Damit dieser finanzielle Gesundungsprozess fortgesetzt werden kann, spannt das Land für die saarländischen Kommunen einen umfassenden Schutzschirm und ermöglicht ihnen damit auch die Wahrung ihrer Investitionskraft trotz durch die Corona-Pandemie zurückgehender Einnahmen. Das Land setzt auch verstärkt Anreize, damit die Kommunen bei der interkommunalen Zusammenarbeit weiter vorankommen, um den Erwartungen der Bürger\*innen und der Unternehmen vor Ort an Art und Qualität kommunaler Leistungen gerecht zu werden.



Trotz der von den Mitgliedern der Strukturwandelinitiative begrüßten, dauerhaft höheren Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft ist nach wie vor eine nachhaltige Lösung bei den Kommunal финанzen durch einen Altenschuldenfonds nötig, damit unsere Kommunen den mit dem Saarlandpakt eingeschlagenen Weg mit Erfolg bis zum Ende gehen können und in unseren Städten und Gemeinden wieder mehr investiert werden kann. Zudem darf sich die Schuldenbremse nicht zu einer Investitionsbremse entwickeln. Gerade für das Saarland mit seinen begrenzten finanziellen Ressourcen wäre es wichtig, dass der Bund haushaltspolitisch die richtigen Schwerpunkte setzt und seine Spielräume im Haushalt ausnutzt, um finanzschwache Bundesländer wie das Saarland mit einem Investitionsprogramm zu unterstützen, und Fördermittel künftig nach einem Mechanismus verteilt, der sich stärker am Bedarf orientiert.

Obwohl das Bundesverfassungsgericht bereits 1992 Standortentscheidungen des Bundes als Mittel zur Stärkung des Saarlandes empfohlen hat, wurde unser Bundesland bei der Ansiedlung von Bundesbehörden in den vergangenen Jahrzehnten gegenüber anderen Bundesländern benachteiligt. Um ihrer Verpflichtung zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse innerhalb Deutschlands gerecht zu werden, muss die Bundesregierung das Saarland in Zukunft bei der Wahl von Standorten von Bundesbehörden und Forschungseinrichtungen endlich angemessen berücksichtigen.

### 3) Digitale Infrastruktur

Ein leistungsfähiges Mobilfunknetz ist für den Forschungs- und Industriestandort Saarland unerlässlich. Der ländliche Raum muss von Mobilfunkanbietern ebenso gut erschlossen sein wie der urbane Raum. Für Privathaushalte brauchen wir eine Bestandsaufnahme und dort einen schnellen Lückenschluss, wo noch Handlungsbedarf bei der Breitbandversorgung besteht. Mit den zusätzlichen 100 Mio. € aus dem „Sondervermögen Pandemie“ wird die Landesregierung den flächendeckenden Gigabitausbau im Saarland realisieren und Mittel aus den angekündigten korrespondierenden Bundesmitteln hebeln. Dies ist auch mit Blick auf die voranschreitende Digitalisierung der Verwaltung unerlässlich.

Internet in Gewerbe- und Industriegebieten ist heute genauso wichtig wie ein guter Verkehrsanschluss, langsame Internetanschlüsse sind genauso ein Standortnachteil wie marode Straßen. Im Rahmen des Masterplans Industrieflächen II sollen Glasfaseranschlüsse als Goldstandard der digitalen Zufahrten deshalb bei allen Erschließungsmaßnahmen mitgebaut werden. Der Bund hat erst kürzlich den Weg für lokale Industrie-5G-Netze freigemacht, mit denen sichere und hochwertige Datenübertragung in Echtzeit möglich ist, um die Industrie 4.0 auf ein neues Level zu heben. Diese Möglichkeiten muss das Land durch eine Forcierung der 5G-Industrievernetzung nutzen.

Zur Deckung des Fachkräftebedarfs müssen wir digitale Kompetenzen von den Schulen bis in die Unternehmen aufwachsend organisieren. Die Landesregierung fördert dazu über das Bildungsministerium die IT-Kompetenz im Saarland. Dafür muss in allen saarländischen Schulen ein schneller Internetanschluss sowie flächendeckendes WLAN in den Funktions- und Unterrichtsräumen zum Standard gehören. Zudem wird die Vermittlung informativischer Bildung von der Grundschule bis zur beruflichen Bildung vertieft und ausgebaut und Informatik als Schulfach eingeführt.

#### 4) Fernverkehrsanbindung

Eine gute Anbindung ans Fernverkehrsnetz bestimmt ganz wesentlich die Attraktivität einer Region als Wirtschafts- und Lebensstandort. Das gilt für die Anbindung über die Schiene ebenso wie die Straßenverkehrsverbindungen und einen regional für die Unternehmen gut erreichbaren Flughafen.

Die bestehenden Fernverkehrsverbindungen per Schiene ins Saarland müssen auf dem derzeitigen Stand gesichert werden. Neben der Sicherung der Verbindungen auf der POS Nord muss auch die Anbindung an den französischen Fernverkehr mit zusätzlichen Verbindungen nach Straßburg und Metz verbessert werden. Der Ankündigung im Elysée-Vertrag 2.0, die bilateralen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland auf eine neue Stufe zu heben, müssen auch Taten folgen. Dazu muss der dort angekündigte Fonds realisiert und mit Geldern gefüllt werden. Die Mitglieder der Strukturwandelinitiative fordern hier insbesondere die Vertreter des Saarlands in Berlin auf, sich gemeinsam für die Belange ihres Heimatbundeslandes einzusetzen.

Das Saarland hat 2015 zusammen mit Rheinland-Pfalz zusätzliche Verkehre bestellt, um die Kürzungen bei den Fernverkehrsverbindungen mit schnellen Anbindungen nach Mannheim und Koblenz zumindest teilweise auszugleichen. Das saarländische Verkehrsministerium setzt sich deshalb beim Bund dafür ein, dass er seiner Verantwortung für den Fernverkehr spätestens mit dem neuen Fernverkehrsnetz 2030 besser nachkommt und die Anbindung des Saarlands durch zusätzliche Verbindungen stärkt.

Darüber hinaus muss auch die Benachteiligung des Saarlands dadurch, dass die Schiffsabgaben auf der Mosel im Gegensatz zu anderen deutschen Wasserstraßen nicht abgeschafft wurden, angegangen werden. Die Mitglieder der Strukturwandelinitiative fordern hier vom Bund eine Wiederaufnahme der Gespräche mit der französischen Seite. Auch der schleppende Ausbau der Moselschleusen muss gerade vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Bedeutung der Mosel für die Industrie im Saarland endlich vorankommen. Dazu muss der Bund bei der Planungs- und Baubeschleunigung alle geeigneten Möglichkeiten zur Nutzbarmachung externer Planungskapazitäten prüfen und gegebenenfalls in Anspruch nehmen. Die Landesregierung wird weiterhin aktiv alle Bemühungen, den Ausbau der Moselschleusen zu beschleunigen, unterstützen.

Neben der Bedeutung des Saarbrücker Flughafens für Privatreisende ist er vor allem für international tätige Unternehmen ein wichtiger Standortfaktor und für die Fortentwicklung des Saarlandes von großer Bedeutung. Die Landesregierung wird deshalb ihr Mögliches tun, seine Zukunft langfristig zu sichern. Um die Anbindung der Saar-Wirtschaft über die Straße dauerhaft zu sichern, wird das saarländische Verkehrsministerium mit einem erhöhten Mittelansatz und zusätzlichem Personal die Sanierung der Verkehrswege zügig vorantreiben.

#### 5) Nahverkehr

Für viele Arbeitnehmer\*innen ist ein gut ausgebauter ÖPNV mit attraktiven Preisen ein wichtiger Faktor bei der Wahl ihrer Arbeitsstelle. Deshalb muss die angekündigte Tarifreform wie geplant umgesetzt und Bus- und Bahnfahrten damit im Saarland günstiger gemacht werden. Neben Größe, Ruf und Karrieremöglichkeiten spielt auch die Erreichbarkeit mit dem ÖPNV für Jugendliche oftmals eine Rolle bei der Wahl eines Ausbildungsbetriebs. Abgesehen von

den Ticketpreisen für Auszubildende besteht gerade bei der Busanbindung von Gewerbegebieten vielerorts im Saarland Verbesserungsbedarf. Das Verkehrsministerium wird die zusätzlichen Haushaltsmittel für den Bereich „Neue Mobilität“ nutzen, um die Herausforderungen der Mobilitätswende zu bewältigen durch zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen, eine verbesserte Vernetzung der Verkehrsträger, die Aufstockung von Förderprogrammen für die Kommunen sowie den Einsatz der Mittel als Hebel, um an im Klimaschutzprogramm 2030 und im Konjunkturpaket der Bundesregierung angelegten Förderprogrammen zu partizipieren.

In der Großregion mit dem größten Pendleraufkommen in Europa muss zudem grenzüberschreitende Mobilität so gestaltet werden, dass alle Teilregionen davon profitieren. Grenzüberschreitende Mobilität bietet gerade für die Regionen in nationaler Randlage die Chance, sich daraus ergebende Nachteile auszugleichen und die Abwanderung von Fachkräften aus der Großregion zu verhindern. Bereits durch eine Optimierung der Verknüpfung der regionalen ÖPNV-Verbindungen innerhalb der Großregion kann für deren Einwohner\*innen eine bessere Anbindung an die zentralen Knoten des Fernverkehrs ermöglicht werden.

Für die zahlreichen Saarländer\*innen, die ihren Arbeitsplatz in Luxemburg haben, sollten zudem neben den etablierten Busverbindungen weitere Schnellanbindungen angeboten werden, beispielsweise im Rahmen eines Testbetriebs einer Bahnverbindung nach Luxemburg auf der Strecke über Konz. Verkehrsprojekte im Saarland, die für eine Verkehrsentslastung in Luxemburg sorgen, sollten dabei gemeinsam mit Luxemburg finanziert werden.

### **III. Arbeitsmarkt**

#### **1) Fachkräfte**

Ein entscheidender Faktor für eine gelungene Transformation ist die Fachkräftesicherung, denn die zunehmende Digitalisierung geht auch mit einem erhöhten Bedarf an Fachkräften einher. Weiterbildung alleine wird diesen Bedarf nicht decken. Insofern wird es Aufgabe aller Akteure der Strukturwandelinitiative sowie weiterer Kräfte im Land sein, der saarländischen Wirtschaft auch zukünftig ausreichend qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung zu stellen. Das betrifft sowohl die Industrie als auch das saarländische Handwerk, das mit seinen rund 68.000 Beschäftigten in über 12.300 Betrieben, die einen Umsatz von 6,7 Mrd. Euro erwirtschaften und für die Ausbildung von rund 4.800 angehenden Fachkräften sorgen, ein weiteres wesentliches Standbein der Saarländischen Wirtschaft ist und mit seinen oftmals stark regional verwurzelten Handwerksunternehmen Arbeitsplätze in der Region mit zahlreichen Karrierechancen bietet und mit seinen Aus-, Fort- und Weiterbildungsaktivitäten zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Saarlands beiträgt.

Neben den bereits bestehenden Aktivitäten im Zukunftsbündnis Fachkräfte Saar müssen wir zusätzlich junge Menschen dazu bewegen, ins Saarland zu kommen bzw. dauerhaft hier zu bleiben. Das Saarland-Marketing muss seinen Schwerpunkt zukünftig stärker darauf legen, Studierende ins Saarland zu holen und so die Anzahl der Absolventen zu erhöhen, denn die an einem Standort zur Verfügung stehende Anzahl von Absolventen und Facharbeitern gewinnt als Faktor bei der Standortentscheidung von Unternehmen immer mehr an Bedeutung. Einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftenachwuchs wird zudem die von der Landesregierung beschlossene Einrichtung einer Rückhol- und Halte-Agentur

leisten, die das Ziel verfolgt, Landeskinder nach der Ausbildung im Saarland zu halten, andere zu Heimkehrern oder Zugezogene zu neuen Saarländer\*innen zu machen.

Die geplante Internationale Schule ist ein weiterer wesentlicher Baustein, um die Attraktivität des Saarlandes insbesondere für Fachkräfte aus dem Ausland zu erhöhen. Sie ist so auszugestalten und zeitnah umzusetzen, dass von ihr nicht nur das neue Helmholtz-Institut profitiert, sondern auch weitere Forschungseinrichtungen, die Hochschulen des Saarlandes und die Wirtschaft im Saarland insgesamt. Eine zentrale und verkehrstechnisch gute Lage ist hierfür ein wichtiger Punkt.

## 2) Weiterbildung

Eine erfolgreiche Gestaltung der Transformation kann nur gelingen, wenn die Beschäftigten befähigt werden, ihre Beschäftigungsfähigkeit und ihre Arbeitsmarktchancen unter veränderten Rahmenbedingungen zu erhalten. Dazu ist Qualifizierung essentielle Voraussetzung. Bund und Land sind hier gefragt. Die nationale Weiterbildungsstrategie der Bundesregierung muss genutzt werden, um das Saarland als vom Strukturwandel betroffene Region systematisch zu unterstützen. Dabei kann das Saarland Modellregion werden, in der Weiterbildung als präventives Instrument im Strukturwandel etabliert wird. Die Bundesregierung hat in ihrer Weiterbildungsstrategie die Unterstützung regionaler Zusammenarbeit / Kooperationen formuliert. In dieser vorgesehenen Regionalisierung von (Weiterbildungs-)Projekten liegen Chancen für das Land. Zudem müssen bestehende Programme und Gesetze wie Teilhabechancengesetz und Passiv-Aktiv-Transfer zeitlich entfristet und dort, wo noch Verbesserungsbedarf besteht, angepasst werden. Für die anstehenden Herausforderungen wurden mit dem Gesetz zur „Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung“ die arbeitsmarktpolitischen Instrumente ausgebaut. Da lebensbegleitendes Lernen und Weiterbildung die Schlüssel zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit im Strukturwandel sind, wurden aufbauend auf dem Qualifizierungschancengesetz die Möglichkeiten der Weiterbildung und Qualifizierung weiter gestärkt. Die Mitglieder der Strukturwandelinitiative sind sich einig, dass die intensive Nutzung von Qualifizierungs- und Weiterbildungsinstrumenten ein zentraler Faktor für den künftigen Erfolg von Unternehmen und Beschäftigung ist.

## 3) Transformationsplattform

Um die Herausforderungen in der saarländischen Wirtschafts- und Arbeitswelt sowie auf dem saarländischen Arbeitsmarkt durch die aktuellen Transformationsprozesse und die diese noch verstärkenden und ergänzenden Folgen der Corona-Pandemie erfolgreich zu bewältigen, müssen wir gute Arbeitsplätze im Land mit qualifizierten Arbeitskräften besetzen, die aus ihren ursprünglichen Unternehmen ausscheiden mussten. Das saarländische Wirtschaftsministerium wird dazu eine Transformationsplattform organisieren, um die richtigen Kontakte zwischen abgehenden Unternehmen, möglichen Transfergesellschaften und aufnehmenden Unternehmen mit Fachkräftebedarf herzustellen. Hierbei wird auf den bestehenden Strukturen und Kompetenzen bei der Bundesagentur für Arbeit als Partnerin im Rahmen der Strukturwandelinitiative Saar aufgebaut. Ziel ist es, die Vermittlung der Beschäftigten zu beschleunigen und den jeweils adäquaten Qualifizierungsbedarf festzustellen.

len. Durch eine frühzeitige Anstellung im aufnehmenden Unternehmen kann dort bereits eine geförderte Qualifizierung stattfinden und Arbeitslosigkeit vermieden werden.

#### 4) Arbeitsmarktpolitische Instrumente in Krisensituationen

Die Anzahl der Unternehmen, die Kurzarbeit angemeldet haben, und die Anzahl der betroffenen Mitarbeiter sind im Saarland bereits vor der Corona-Pandemie stark gestiegen. Aufgrund der Folgen des Lock-Downs kam das Instrument der Kurzarbeit bereits unter Umsetzung pandemiebedingter, befristeter Sonderregelungen (Sozialschutzpakete) in einem nie gekannten Maße zum Einsatz. Mit den Sonderregelungen wurde der Zugang zum Kurzarbeitergeld erleichtert, Betriebe entlastet und die Unterstützung für Beschäftigte (z. B. höherer Leistungssatz und Zuverdienst) erhöht. Die derzeit befristet geltenden Sonderregelungen sollten überprüft und im Hinblick auf ihre Wirksamkeit evaluiert werden. Ziel muss es sein, arbeitsmarktpolitische Instrumente, die die Wirtschaft in der Krise bei der Sicherung von Beschäftigung unterstützt haben, zu etablieren und so weiterzuentwickeln, dass sie die Betriebe und Beschäftigten auch bei der Bewältigung der Herausforderungen im Transformationsprozess unterstützen und Arbeitsplätze sichern.

#### 5) Qualifizierung in Kurzarbeit

Massive Transformationsprozesse werden in den kommenden Jahren zu großen Umbrüchen am Arbeitsmarkt führen – nicht nur in der Automobilindustrie. Zur erfolgreichen Bewältigung dieser Prozesse und insbesondere zur Beschäftigungssicherung erachten es die Mitglieder der Strukturwandelinitiative als notwendig, dass bei Betrieben und Beschäftigten Transparenz über die Vielzahl der Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik zur Qualifizierung (auch im Rahmen von Kurzarbeit) besteht. Die Partner der Strukturwandelinitiative sensibilisieren Betriebe und Beschäftigte über bestehende Förderinstrumente und unterstützen die Steigerung der Inanspruchnahme. Auch wenn von Mitgliedern der Strukturwandelinitiative weiterhin Bedarf für einen Lückenschluss zwischen Konjunkturkurzarbeitergeld und Transferkurzarbeitergeld gesehen wird, wurden mit dem Gesetz zur „Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung“ bereits die Möglichkeiten der Qualifizierung in einer Transfergesellschaft ausgebaut, um somit den Wechsel in eine neue Beschäftigung zu erleichtern. Insbesondere wurde die Rechtsgrundlage, um Qualifizierungen über das Ende des Bezugs von Transferkurzarbeitergeld hinaus zu fördern, erweitert. Auch in diesen Fällen ist die Nutzung der Instrumente zentraler Erfolgsfaktor.

Damit auch nach der Pandemie Arbeitnehmer\*innen durch Qualifizierung und die Wirtschaft durch gut ausgebildete und qualifizierte Fachkräfte partizipieren können, muss aus Sicht der Sozialpartner und der Landesregierung der Bund die Bundesagentur für Arbeit beim Ausgleich der aufgrund der Pandemie entstehenden Haushaltsdefizite finanziell so unterstützen, dass sie weiterhin die wichtigen Leistungen im Bereich der Kurzarbeit und der Qualifizierung erbringen kann.

## 6) Entsendung

Dank ausgezeichneter Produkte genießt die saarländische Industrie auf den internationalen Märkten einen hervorragenden Ruf. Zusammen mit Dienstleistern und dem Handwerk befindet sie sich zudem in einem regen Service- und Leistungsaustausch mit unseren unmittelbaren Nachbarn in Frankreich und Luxemburg. Dabei kommen – ganz im europäischen Sinne – überproportional viele kleine und mittlere Unternehmen zum Zug.

Doch die aktuelle nationale Umsetzung der EU-Entsenderichtlinie in Frankreich macht gerade diesen Unternehmen durch ein überzogenes Melde- und Dokumentationsverfahren das tägliche Geschäft mit den Nachbarn nahezu unmöglich. Inzwischen liegen allerdings Pläne für bürokratische Erleichterungen vor, die den berechtigten Interessen unserer Länder entgegen kommen. So ließen sich die bürokratischen Auflagen durch noch näher zu präzisierende Unterstützungshandlungen der deutschen Kammern bei der Aufstellung von Nachweisen, die wie eine Präqualifizierung wirken, verringern. Das Wirtschaftsministerium wird dazu zusammen mit dem Bund die entsprechenden Verhandlungen mit Frankreich weiterführen.